

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

11.08.2026

Ausschussbetreuender Fachbereich

Bildung, Kultur, Schule, Sport

Schriftführung

Sarah Gilke

Telefon-Nr.

02202-141930

Niederschrift

Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport
Sitzung am Dienstag, 21.04.2026

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 19:03 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport am 19.02.2026 – öffentlicher Teil**
0250/2026
- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**
0251/2026

- 6 Bergisches Museum – Jahresbericht 2025, Ausblick 2026 und Stand des Projekts zur Neukonzeption**
0237/2026
- 7 Mitteilungen des Stadtsportverbandes Bergisch Gladbach e.V.**
- 8 Mitteilungen des Stadtverbandes Kultur e.V.**
- 9 Verlegung von Stolpersteinen auf städtischen Grundstücken**
0281/2026
- 10 Bericht der Volkshochschule Bergisch Gladbach 2025 – Qualitätsziele und Kennzahlen**
0227/2026
- 11 Kulturprojektförderung 2025**
0201/2026
- 12 Kulturbüro - Bericht 2025**
0235/2026
- 13 Institutionelle Kulturförderung zur Unterstützung der Freien Kunst- und Kulturszene Bergisch Gladbachs 2026**
0205/2026
- 14 Anträge der Fraktionen**
- 15 Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende Herr Reiländer (CDU-Fraktion) eröffnet um 17:00 Uhr die zweite Sitzung in der 11. Ratsperiode.

Herr Reiländer begrüßt sodann die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Gäste, stellt die ordnungsgemäße und fristgerechte Einberufung des Ausschusses und die fehlenden Ausschussmitglieder bzw. Vertretungen (siehe Anwesenheitsliste, Anlage 1) sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Anschließend tritt er in die Tagesordnung ein.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport am 19.02.2026 – öffentlicher Teil 0250/2026

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Herr Reiländer macht keine Mitteilungen.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters 0251/2026

Herr Reiländer weist auf die Vorlage hin.

Herr Dekker kündigt an, dass Herr Hoffmann im weiteren Verlauf zu den baulichen Maßnahmen bezüglich des Bergischen Museums in Bensberg, der Sporthalle der Nelson-Mandela Gesamtschule sowie der Städtischen Max-Bruch-Musikschule berichten werde.

Vorab informiert Herr Dekker zum Sachstand des Stadionareals: Sowie der Haushalt beschlossen und genehmigt sei, werde der Auftrag an die Stadtentwicklungsgesellschaft (IPGL) erteilt. Als Ausblick kündigt Herr Dekker an, dass die Verwaltung für die Ausschusssitzung im September 2026 einen planerischen Entwurf für die Neugestaltung des oberen Stadionareals und dessen verschiedene Sportnutzungsmöglichkeiten zur Diskussion vorlegen werde.

Herr Hoffmann berichtet, dass mit der Sanierung der Sporthalle der Nelson-Mandela-Gesamtschule begonnen worden sei. Es habe bereits ein Kick-off-Termin stattgefunden. Die stadteigene Schulbau GmbH sei mit der Durchführung beauftragt. Das Ziel sei es, die Sporthalle Ende September oder Anfang Oktober 2026 wieder für die Nutzung zu öffnen.

Bezüglich des geplanten Aufzugeinbaus an der Musikschule erläutert Herr Hoffmann, dass die statischen Berechnungen mittlerweile vorlägen. Zudem sei ein Fachbüro für den Brandschutz und die Barrierefreiheit beauftragt worden.

Frau Skribbe (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) bittet um Bestätigung ihres Eindrucks, dass sich die Verwaltung um die Herstellung der Barrierefreiheit in der Musikschule bemühe. Sie weist darauf hin, dass in der vorangegangenen Sitzung die Frage nach einer eventuellen Auslagerung bestimmter Unterrichtsformate gestellt worden sei.

Herr Hoffmann bestätigt dies und erläutert die technischen Hintergründe. Die ursprüngliche Überlegung, einen Treppenlift zu installieren, habe sich aus Platzgründen wegen der unzureichenden Treppenbreite als technisch nicht realisierbar erwiesen. Daraufhin sei die Planung auf einen Aufzugeinbau umgestellt worden. Dies habe eine umfassende statische Prüfung und Detailplanung erforderlich gemacht. Herr Hoffmann betont, dass die bauliche Machbarkeit nunmehr feststehe und das Projekt aktiv weiterverfolgt werde. Die anstehenden Abstimmungen mit den Planungs- und Ingenieurbüros bezüglich des Brandschutzes und der Barrierefreiheit würden aktuell neu koordiniert.

Herr Paduch (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) nimmt erfreut zur Kenntnis, dass der Einbau eines Aufzugs gebäudetechnisch grundsätzlich möglich sei, auch wenn die finanzielle Darstellbarkeit im weiteren Verlauf noch geprüft werden müsse.

Herr Klaas (SPD-Fraktion) bittet um einen aktuellen Sachstand bezüglich der geplanten Leichtbauhalle an der Integrierten Gesamtschule Paffrath (IGP).

Herr Hoffmann antwortet, dass eine Vorlage für den Ausschuss für Schule und Gebäudewirtschaft (ASG) am 29.04.2026 erstellt worden sei. Die Grundlagenermittlung sei seitens der Verwaltung vollständig abgeschlossen. Ziel sei eine Nutzung für den Sportvereinsbetrieb sowie für Veranstaltungen. Sobald die politische Zustimmung vorliege, könne die Umsetzung beginnen.

Frau Kirschner bezieht sich einleitend auf die Anfrage aus der vorangegangenen Sitzung, wonach eine temporäre Auslagerung von Musikschulangeboten – wie etwa Chorproben – bis zur Herstellung der Barrierefreiheit geprüft werden solle. Sie teilt mit, dass eine solche Auslagerung nicht sinnvoll sei. Zum einen fänden Proben teilweise vormittags statt, weshalb schulische Räumlichkeiten zu diesen Zeiten naturgemäß nicht zur Verfügung stünden. Zum anderen betont sie den Inklusionsgedanken. Ziel sei es nicht, Gruppen aufgrund mangelnder Barrierefreiheit auszulagern, sondern die Musikschule perspektivisch für alle Menschen gleichermaßen zu öffnen und Teilhabe vor Ort zu ermöglichen.

Bezüglich der geplanten Interimssporthalle an der Integrierten Gesamtschule Paffrath führt Frau Kirschner aus, dass sich die Situation für den Schulsport momentan leicht entspannt habe. Von der Lage im Stadtgebiet her befinde sich die Interimshalle nicht an der Stelle, wo sie für den Schulsport sinnvoll wäre. Für den Vereinssport sei die Halle jedoch aufgrund der aktuellen Ausfälle an Großhallen unbedingt erforderlich.

Des Weiteren werde die Interimshalle als Ersatz für den Zeitraum der Sanierung der Halle an der Steinbreche benötigt.

Herr Rockenberg fragt bezüglich der Interimssporthalle der IGP an, warum eine Maßnahme, die eine Sporthalle auf einer aktuellen Sportfläche betreffe, nicht zur Mitberatung in den ABKS verwiesen worden sei.

Herr Dekker erklärt, die Anfrage werde schriftlich beantwortet. Die Antwort ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

Frau Besten informiert über den aktuellen Stand der Bürgerbeteiligung im Rahmen des Projekts „Stadtbibliothek auf Zanders“. Sie berichtet über eine Online-Umfrage, die noch bis zum Ende des Monats laufe. Sie lädt die Ausschussmitglieder zur Teilnahme ein, um die künftige Ausrichtung der Bibliothek in Bergisch Gladbach aktiv mitzugestalten.

Des Weiteren teilt sie mit, dass bereits ein Ideen-Workshop stattgefunden habe und zudem zielgruppenspezifische Fokusgespräche (u. a. für die Bereiche Familie und Jugend) zur Ausgestaltung der Bibliothek stattfinden würden. Die Durchführung erfolge in Zusammenarbeit mit dem Fachplaner und Architekten Aat Vos vom niederländischen Büro includi.

Abschließend lädt Frau Besten zu einem für die Folgeweche geplanten „Walk-In-Marktstand“ auf dem Wochenmarkt ein. Dort werde die Stadtbücherei gemeinsam mit dem Büro includi direkt mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kommen, um Wünsche und Bedarfe abzufragen.

6. Bergisches Museum – Jahresbericht 2025, Ausblick 2026 und Stand des Projekts zur Neukonzeption **0237/2026**

Herr Reiländer verweist auf die Vorlage und bittet um den aktuellen Sachstand zur Schließung des Museums. Er spricht Frau Brauer seinen Dank für die erfolgreiche Weiterentwicklung des Museums aus.

Herr Hoffmann erläutert die Schließungsgründe: Ein TÜV-Sachverständiger habe ein hohes Sicherheitsrisiko an der elektrischen Unterverteilung festgestellt. Im Zuge der anschließenden Grundlagenermittlung habe sich die Notwendigkeit einer vollständigen Sanierung herausgestellt. Die Verwaltung habe daraufhin ein abgestuftes Verfahren beschlossen, um zeitnah eine Teilinbetriebnahme zu ermöglichen. Diese Teileröffnung solle das Trauzimmer, die Gerberei sowie das Hammerwerk umfassen. Ein entsprechendes Angebot für die elektrotechnische Grundversorgung dieser drei Bereiche liege bereits vor.

Er führt aus, dass diese Umsetzung – vorbehaltlich der geklärten Finanzierung – kurzfristig möglich sei, sodass eine Teilwiedereröffnung voraussichtlich Anfang Juni 2026 spätestens jedoch Anfang Juli erfolgen könne. Für das Hauptgebäude selbst seien hingegen weitaus umfangreichere Sanierungsmaßnahmen erforderlich.

Frau Meyer-Bialk (CDU-Fraktion) erkundigt sich, ob durch regelmäßige Begehungen Mängel vorab hätten erkannt werden können und ob die Schließung ausschließlich an der Elektroanlage liege.

Herr Hoffmann informiert, dass turnusmäßige Prüfungen stattfänden, technische Defekte bei historischer Bausubstanz aber unvorhersehbar seien. Neben der Elektrotechnik als Hauptproblem sei auch der Brandschutz ein fortlaufendes Thema, weshalb eine Gesamtsanierung angestrebt werde.

Herr Paduch (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) lobt die Aussagekraft des Berichts sowie die erreichten Besucherzahlen und die erfolgreiche Einwerbung von Fremdmitteln. Die geplante Teilwiedereröffnung sei ein positiver Zwischenschritt. Er fordert verlässliche Perspektiven für alle im Museum Beschäftigten.

Frau Stauer (SPD-Fraktion) äußert sich beeindruckt von der Öffnung des Museums für breitere Zielgruppen und hebt das digitale Angebot des virtuellen Rundgangs hervor.

Herr Dr. Conen (AfD-Fraktion) berichtet von konstruktiven Vorschlägen zweier Mitarbeiterinnen des Bergischen Museums vor dem Ratssaal. Er betont den Stellenwert des Erhalts der Heimatgeschichte und dass die AfD für eine konservative Kulturpolitik stehe und die Modernisierung des Museums grundsätzlich befürworte. Die Machbarkeitsstudie mit einem städtischen Eigenanteil von 16.500 Euro bewerte er trotz Haushaltsnotlage als sinnvoll.

Frau Meyer-Bialk (CDU-Fraktion) unterstreicht die Bedeutung der Mitmachangebote für Schulen und Kitas sowie den Ausbau der Barrierefreiheit. Eine zeitnahe Wiedereröffnung sei zwingend geboten.

Frau Skribbe (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) tritt der Argumentation von Herrn Dr. Conen (AfD-Fraktion) entgegen und plädiert statt einer konservativen für eine progressive Weiterentwicklung des Museums zu einem zeitgemäßen Begegnungsort. Sie würdigt das Engagement bei der Fördermittelakquise und bittet Frau Brauer um eine Schilderung der aktuellen Situation des Museumsteams.

Frau Brauer bezeichnet die aktuelle Situation als belastend, da das Museum ohne Publikum seine Funktion verfehle. Sie befürworte daher die geplante baldige Teilöffnung.

Das Team arbeite abseits des Publikumsverkehrs an der LVR-geförderten Digitalisierung und Neukonzeption weiter. Das museumspädagogische Angebot finde vorübergehend direkt auch in den allgemeinbildenden Schulen statt. Wegen der ungewissen Bauzeit im Hauptgebäude kooperiere man mit anderen Kultureinrichtungen und verlagere verschiedene Veranstaltungen in das Stadtarchiv oder die Stadtbibliothek.

In Kooperation mit der Inklusionsbeauftragten und der Einrichtung InBeCo fänden Workshops zum Thema Barrierefreiheit statt. Ziel sei, die baulichen Entwürfe im direkten Dialog mit Betroffenen auf ihre Barrierefreiheit zu prüfen. Geplant seien ein weiterer Workshop zur Ausstellungskonzeption sowie Nutzertests für die neue Museumswebseite. Deren Start sei für Herbst 2026 vorgesehen.

Frau Malek-Przemus (CDU-Fraktion) hebt die außerordentlich positive Entwicklung des Museums hervor und appelliert an Ausschuss und Verwaltung, diesen Status unter der aktuellen Leitung zu sichern.

Herr Reiländer spricht dem Förderverein seinen ausdrücklichen Dank für die Unterstützung aus.

Frau Häusling (SPD-Fraktion) erkundigt sich nach den voraussichtlichen Gesamtkosten der anstehenden Sanierungsmaßnahmen, da die Vorlage dazu keine Information enthalte.

Herr Hoffmann führt aus, dass das Angebot für die provisorische Teilinbetriebnahme der drei Teilbereiche knapp 40.000 Euro betrage. Eine valide Kostenschätzung für das gesamte Museumsgebäude liege der Verwaltung noch nicht vor, da weitergehende Untersuchungen abgewartet werden müssten. Die Gesamtkosten würden jedoch ein Vielfaches der Teilkosten betragen. Der Fachbereich 8 bearbeite die Angelegenheit fortlaufend.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

7. Mitteilungen des Sportsportverbandes Bergisch Gladbach e.V.

Herr Rockenberg trägt folgende Mitteilungen vor:

- Vorbehaltlich der Haushaltsgenehmigung stehe für die Sportpauschale 2026 ein Betrag von rund 150.000 Euro zur Verfügung, was einem Drittel der bei der Stadt eingehenden Landesmittel entspreche. Die örtlichen Sportvereine seien bereits zur Antragstellung aufgefordert worden. Erfahrungsgemäß werde das Antragsvolumen die vorhandenen Mittel übersteigen. Das etablierte Vergabe- und Verteilungsverfahren erfolge einvernehmlich durch die Sportverwaltung und den Sportsportverband auf Basis der bekannten Kriterien. Sollte kein Einvernehmen erzielt werden, werde der Ausschuss in die Entscheidung eingebunden.
- Er weist auf ein neues Förderprogramm des Landes hin („Sportplatz Kommune 2.0“ der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen), welches innovative Begegnungsformate für den Breitensport, die Integration und die Inklusion in Form von neuen Bewegungs- und Sportangeboten unterstütze. Mit Zuschüssen zwischen 5.000 Euro und 15.000 Euro pro Maßnahme und Jahr stelle dies ein attraktives Paket für kleinere, vereinspezifische Projekte dar.

- Hinsichtlich der Bundesförderung, dem Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur (SJK)“ des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB), berichtet er, dass die Stadt Bergisch Gladbach fünf Anträge eingereicht habe. Da das Programm bundesweit jedoch 20- bis 25-fach überzeichnet sei, schätze er die Erfolgsaussichten für eine Berücksichtigung als gering ein.
- Er berichtet, dass nach mehrfachen Vertagungen am 05.05.26 ein großes Landespaket der Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen in Höhe von 250 Millionen Euro für vereinseigene Sportanlagen freigeschaltet werden solle. Die genauen Vergabekriterien der Staatskanzlei und des Landessportbundes Nordrhein-Westfalen (LSB NRW) seien noch nicht veröffentlicht. Bekannt sei bisher lediglich, dass größere investive Maßnahmen ab einem Schwellenwert von 50.000 Euro gefördert würden und die Förderquote bei 50 Prozent liege.
- Außerdem informiert er über ein weiteres, ebenfalls mit 250 Millionen Euro dotiertes Förderpaket für kommunale Schwimmbäder. Er richtet den dringenden Appell an alle Mandatsträger mit Einfluss auf die Bäderbetriebsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH darauf hinzuwirken, dass für das Hans-Zanders-Bad ein entsprechender Förderantrag gestellt werde. Die Sanierungskonzeption liege seit Jahren vor und der marode Zustand des Bades sei allgemein bekannt. Angesichts der bisherigen haushälterischen Absagen wegen fehlender Eigenmittel biete dieses Programm eine reelle Chance zur Realisierung der dringend notwendigen Maßnahmen.
- Abschließend blickt Herr Rockenberg auf den vorangegangenen Sonntag zurück, an dem der traditionelle „Sportfrühschoppen“ als informeller Austausch zwischen der kommunalen Sportszene, der Verwaltung und der Politik stattgefunden habe. Er dankte den Anwesenden für die rege Teilnahme und kündigte für den Zeitraum Oktober/November 2026 eine Fortsetzung dieses Dialogformats an.

8. Mitteilungen des Stadtverbandes Kultur e.V.

Herr Bergermann berichtet Folgendes:

- Bei der Mitgliederversammlung des Stadtverbandes Kultur eine Woche zuvor sei der bisherige Vorstand für zwei Jahre wiedergewählt worden. Zur inhaltlichen Aufwertung habe Herr Jürgen Sterzenbach (SINNDDESIGN) einen Impulsvortrag zur Zukunft der städtischen Kultur gehalten. Herr Bergermann werde den Text nach Erhalt an den Ausschuss weiterleiten, um die Ansätze in verschiedenen Formaten vertiefend zu diskutieren.
- Dem THEAS Theater sei zwischenzeitlich der Rheinlandtaler verliehen worden. In der Laudatio von Prof. Dr. Wilhelm seien insbesondere zwei Gründe für diese Ehrung hervorgehoben worden: Einerseits das langjährige, doppelte Inklusionsengagement, bei dem junge Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam Theater spielten, und andererseits das seit mittlerweile elf Jahren bestehende Ensemble aus geflüchteten Menschen, welches bereits mehrfach Eigenproduktionen erfolgreich auf die Bühne gebracht habe. Für das laufende Jahr stellt Herr Bergermann eine weitere Aufführung dieses Ensembles in Aussicht, wobei die Sprachfassung (arabisch mit deutschen Obertiteln oder deutsch) noch offen sei. Er hebt den besonderen kulturellen Mehrwert dieser Spracherfahrung für das deutschsprachige Publikum hervor.
- Herr Bergermann weist auf ein aktuelles steuerrechtliches Urteil des Bundesfinanzhofs (BFH) hin, welches europäisches Recht umsetze. Demnach könnten Mitgliedsbeiträge von Vereinen prinzipiell der Umsatzsteuer unterliegen, sofern mit der Mitgliedschaft ein konkreter geldwerter Vorteil verbunden sei. Dies betreffe beispielsweise vergünstigte Eintrittspreise oder Sonderrechte für Mitglieder. Nach Rücksprache mit Herrn Rockenberg sei diese Thematik bereits im Rahmen des jüngsten Sportfrühschoppens eingehend erörtert worden, da bei Sportvereinen die Beitragszahlung in der Regel zur Nutzung der Sportstätten berechtige. Herr Bergermann empfiehlt allen Vereinsverantwortlichen, die eigenen Satzungen dahingehend zu prüfen, um künftige steuerliche Risiken zu vermeiden.
- Bezüglich Kultur- und Veranstaltungsanfragen auf dem Zanders-Areal habe er als Mailkontakt veranstaltungen-aufzanders@stadt-gl.de genannt bekommen.

- Abschließend weist er auf die Eröffnung des Gleisparks auf dem Zanders-Areal am 09.05.26 hin und lädt zur Kulturpreisverleihung „DER BOPP“ des Stadtverbandes Kultur e.V. im sogenannten „Museum“ auf Zanders am 31.05.26 ein.

Herr Reiländer dankt für den Bericht und gratuliert dem Vorstand des Stadtverbandes Kultur im Namen des Ausschusses zur Wiederwahl.

Herr Renneberg (CDU-Fraktion) bittet um eine nähere Erläuterung bezüglich der angeführten steuerlichen Auswirkungen und des Begriffs des geldwerten Vorteils bei Mitgliedsbeiträgen, da ihm der Sachverhalt noch unklar sei.

Herr Bergermann präzisiert, dass Mitgliedsbeiträge laut Fachpublikationen umsatzsteuerpflichtig werden könnten, wenn damit konkrete Gegenleistungen oder wirtschaftliche Vorteile (wie reduzierte Eintrittsgelder) erlangt würden. Die Brisanz liege darin, dass Finanzbehörden eine fällige Umsatzsteuer rückwirkend für drei Jahre einfordern könnten, was bei Vereinen zu Existenzschwierigkeiten führen könnte.

Herr Rockenberg ergänzt, dass die Thematik im sportpolitischen Raum bei Großvereinen auf erhebliche Resonanz stöße und beim jüngsten Sportfrühschoppen diskutiert worden sei. Das Urteil des Bundesfinanzhofs basiere auf einem Einzelfall, bei dem ein Großverein steuerliche Vorteile für Projektmaßnahmen geltend gemacht habe, weshalb die Finanzverwaltung die Beitragsstrukturen neu bewertet habe. Die Angelegenheit liege zur Beratung beim Bund.

9. Verlegung von Stolpersteinen auf städtischen Grundstücken *0281/2026*

Herr Reiländer verweist auf den Ratsbeschluss vom 30.08.06. Demnach sollen zum Gedenken an Opfer des Nationalsozialismus Messingplatten vor deren letzten freiwilligen Wohnsitzen in Bergisch Gladbach verlegt werden können. Aktuell gehe es um die Genehmigung von drei Stolpersteinen (einer vor der Kreativitätsschule Bergisch Gladbach e.V., zwei vor dem Bensberger Kino Cineplex).

Herr Bartz (Fraktion Volt/Freie Wählergemeinschaft) zeigt sich erfreut über die finale Umsetzung des Antrags nach fast 20 Jahren. Er hält das Gedenken angesichts der aktuellen politischen Entwicklung für unverzichtbar. Seine Fraktion stimme der Vorlage uneingeschränkt zu.

Frau Skribbe (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) schließt sich dem Vorredner an und kündigt die Zustimmung ihrer Fraktion an. Sie regt an, biografische Hintergründe der Opfer in künftigen Vorlagen noch detaillierter darzustellen.

Herr Dekker erläutert die organisatorischen Hintergründe. Um künftigen Aufwand zu minimieren, werde ein generelles Verfahren vorgeschlagen. Der Ausschuss solle nicht über jeden Stolperstein einzeln entscheiden müssen. Das Stadtarchiv prüfe die Anträge inhaltlich. Künftig informiere die Verwaltung den Ausschuss per Mitteilungsvorlage inklusive geschichtlicher Hintergründe.

Frau Stauer (SPD-Fraktion) betont die Bedeutung des Gedenkens in Zeiten, in denen NS-Gräueltaten zunehmend relativiert würden. Es sei wichtig, im 21. Jahrhundert klare Zeichen zu setzen.

Frau Meyer-Bialk (CDU-Fraktion) erklärt die uneingeschränkte Zustimmung ihrer Fraktion. Es sei eine dauerhafte Verpflichtung, das Gedenken im öffentlichen Raum aktiv zu fördern. Die Stolpersteine leisteten dazu einen unverzichtbaren Beitrag.

Frau Häuser (Gruppe DIE LINKE GL) erkundigt sich nach den Kriterien für ein negatives Prüfergebnis der Verwaltung bei den Privatinitiativen.

Herr Dekker stellt klar, dass eine Genehmigung nicht in der Verantwortung der Verwaltung liege, wenn der Verlegeort nicht im öffentlichen Raum sei. Dies werde dem Ausschuss künftig mitgeteilt.

Frau Skribbe (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) weist auf eine bundesweite Stolperstein-App hin. Diese biete die Möglichkeit, einen Gedenkweg entlang der verlegten Steine im Stadtgebiet zu beschreiten.

Herr Dr. Conen (AfD-Fraktion) erklärt, dass seine Fraktion dieses Projekt uneingeschränkt unterstütze.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport fasst **einstimmig** (ohne Enthaltung) folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die privat initiierten Anträge zur Verlegung von Stolpersteinen auf städtischen Grundstücken grundsätzlich zu prüfen und in eigener Zuständigkeit zu genehmigen. Der Verwaltung sollen hierbei keine Kosten entstehen.

10. Bericht der Volkshochschule Bergisch Gladbach 2025 – Qualitätsziele und Kennzahlen
0227/2026

Herr Reiländer verweist auf die Vorlage.

Frau Mrziglod zieht eine positive Bilanz ihres ersten Dienstjahres. Sie betont, dass die Volkshochschule (VHS) ein offener Begegnungsort für alle Bürgerinnen und Bürger sei. Die Einrichtung erfülle einen umfassenden Bildungsauftrag bis hin zu nachträglichen Schulabschlüssen. Sie weist zudem auf das anstehende 80-jährige Jubiläum hin.

Frau Stauer (SPD-Fraktion) äußert sich beeindruckt vom vielfältigen Angebot der VHS und lobt deren Arbeit. Sie fragt an, ob das Thema des Schutzes vor digitalen Schäden – insbesondere mit Blick auf die kognitiven Auswirkungen von künstlicher Intelligenz bei Kindern und Jugendlichen – künftig in das Programm aufgenommen werde.

Herr Klaas (SPD-Fraktion) erkundigt sich, ob nach den bereits erfolgten Investitionen in das Gebäude ein weiterer investiver Bedarf bestehe. Zudem bittet er um Aufklärung, ob es sich bei den im Bericht erwähnten Fortbildungsmaßnahmen für Dozierende und Mitarbeitende primär um fachliche oder pädagogische Angebote handle.

Herr Bartz (Fraktion Volt/Freie Wählergemeinschaft) dankt Frau Mrziglod für die erfolgreiche Arbeit und spricht ihr seine Anerkennung aus.

Herr Dr. Conen (AfD-Fraktion) zitiert eine Passage aus der Vorlage: „Die VHS arbeitet parteipolitisch und weltanschaulich ungebunden und unabhängig von Gruppeninteressen.“ Er sieht bei zwei öffentlichen Aktivitäten der VHS eine Verletzung des Neutralitätsgebots (siehe Seite 36 der Vorlage).

Zum einen kritisiert er das neue Angebot in Kooperation mit der Reihe „Faktencheck“ der ARD. Er macht geltend, dass dieses Format keineswegs neutral agiere und keine geeignete Referenz für eine objektive Wahrheitsfindung darstelle.

Zum anderen beanstandet er eine in Kooperation mit den Klimafreunden Rheinberg e.V. und dem Katholischen Bildungswerk durchgeführte Veranstaltung unter dem Titel „Klima-Bullshit-Bingo“ mit dem Referenten Jan Hegenberg. Er spreche dem Referenten die naturwissenschaftliche Qualifikation ab und finde, dass die gängigen Narrative zum Klimawandel vom Referenten als reines Geschäftsmodell genutzt würden. Er vermute, dass die Veranstaltung mit Steuergeldern gefördert worden sei. Damit ließe sie, seiner Meinung nach, die gebotene Neutralität vermissen.

Herr Reiländer verweist darauf, dass der Ausschuss die konkrete Kritik zum VHS-Programm, nicht aber die Darstellung einer politischen Einschätzung außerhalb der Ausschussthematik zur Kenntnis nehme und die VHS-Leitung nur die erstgenannten Punkte fachlich beantworten solle.

Frau Kopner-Merky (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) schließt sich dem Lob für die VHS mit Verweis auf eigene positive Erfahrungen an. Sie fragt, weshalb im Bereich des nachträglichen mittleren Schulabschlusses keine Abendkurse für Berufstätige angeboten würden.

Herr Bartz (Fraktion Volt/Freie Wählergemeinschaft) tritt der Argumentation von Herrn Dr. Conen (AfD-Fraktion) entgegen. Als Naturwissenschaftler im Bereich der Geografie erkenne er sehr wohl die Realität des Klimawandels und weist die Vorwürfe einer Steuergeldverschwendung als unbegründet und „Unverschämtheit“ im Sinne der Demokratie zurück.

Herr Kochan (SPD-Fraktion) wirft Herrn Dr. Conen (AfD-Fraktion) vor, das grundlegende Prinzip einer Volkshochschule missverstanden zu haben. Die VHS fungiere als Bildungsplattform von Bürgerinnen und Bürgern für Bürgerinnen und Bürger, die auch Raum für den Meinungsaustausch bereitstelle. Bei den bemängelten Veranstaltungen seien die genannten Vereine als Organisatoren aufgetreten, welche Räume angemietet hätten, um eine dezidierte Position zu diskutieren. Das Neutralitätsgebot der Volkshochschule beziehe sich auf den diskriminierungsfreien Zugang zu den öffentlichen Räumen und bedeute keineswegs, dass dort keine klaren Meinungen geäußert werden dürften. Die Forderung nach einer Unterbindung solcher Formate wirke so, als ob eine „Meinungsdiktatur“ gewünscht sei, was dem Wesen der VHS widerspreche.

Frau Mrziglod beantwortet die Fragen wie folgt:

Digitale Schäden (Frage von Frau Stauer, SPD-Fraktion): Der Fokus liege auf dem konstruktiven Umgang mit digitalen Medien und KI. Entsprechende Angebote seien fest im Repertoire.

Gebäudeinvestitionen (Frage von Herrn Klaas, SPD-Fraktion): Die VHS sei prinzipiell gut aufgestellt. Zur Qualitätssicherung seien gleichwohl Investitionen erforderlich, da beispielsweise die Lehrküche nach 30 Jahren modernisiert werden müsse.

Mitarbeiterfortbildung (Frage von Herrn Klaas, SPD-Fraktion): Der Bericht beziehe sich auf das hauptamtliche Personal. Die Fortbildungen seien vielfältig und reichten vom Umgang mit psychischen Erkrankungen im Schulkontext über Qualitätsmanagement bis hin zu Erster Hilfe für Hausmeister.

Zunächst erklärt Frau Mrziglod, dass sie das Lob des Ausschusses gerne stellvertretend annehme. Bezüglich des Vorwurfes, das Neutralitätsgebot verletzt zu haben (Dr. Conen, AfD-Fraktion) betont sie, dass Pluralität im Sinne des Weiterbildungsgesetzes gerade bedeute, „ein breites Spektrum an Themen und Meinungen zuzulassen sowie den notwendigen Diskussionsraum dafür bereitzustellen“.

Zu den beiden von Herrn Dr. Conen konkret kritisierten Veranstaltungen stellt sie klar, dass es sich bei dem Titel „Klima-Bullshit-Bingo“ um den offiziellen Buchtitel des geladenen Referenten handle. Zudem weist sie den Vorwurf der Verschwendung öffentlicher Mittel entschieden zurück. Da es sich hierbei um eine reine Kooperationsveranstaltung gehandelt habe, seien seitens der Volkshochschule keinerlei städtische Gelder für die Durchführung aufgewendet worden.

Herr Dr. Conen (AfD-Fraktion) bittet um präzise Auskunft, ob die Volkshochschule im Rahmen der genannten Veranstaltung mit dem Katholischen Bildungswerk Rheinisch-Bergischer Kreis offiziell als Mitorganisatorin aufgetreten sei oder nicht.

Frau Mrziglod stellt hierzu klar, dass die Volkshochschule im Kontext dieser spezifischen Veranstaltung als Kooperationspartnerin fungiert habe.

Schulabschlüsse (Frage von Frau Kopner-Merky, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN): Die Lehrgänge zum mittleren Schulabschluss fänden bereits regulär als Abendkurse von 16:00 Uhr bis 20:00 Uhr statt.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

11. Kulturprojektförderung 2025
0201/2026

Frau Skribbe (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) betont, dass die Förderung die gesellschaftliche und künstlerische Vielfalt der Stadt hervorragend abbilde. Sie erkundigt sich nach dem Sachstand der Digitalisierung bei der Antragstellung.

Frau Weymans erläutert, dass Förderanträge unkompliziert und formlos per E-Mail eingereicht werden könnten. Auf standardisierte Formulare werde bewusst verzichtet, um Hürden abzubauen.

Herr Dr. Conen (AfD-Fraktion) äußert die Ansicht, dass der Staat im Kulturbereich lediglich als Dienstleister fungieren und über eine weltanschaulich neutrale Förderung die Rahmenbedingungen sichern solle. Dies sehe er in den aktuellen Projekten idealtypisch umgesetzt und dankt den Kulturschaffenden.

Frau Stauer (SPD-Fraktion) hebt den Stellenwert der Kultur für die städtische Identität und als Wirtschaftsfaktor hervor.

Herr Paduch (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) unterstreicht die hohe Qualität der Kulturszene für die städtische Identität. Er stuft die bereitgestellten Mittel als gering ein und plädiert für eine künftige Aufstockung des Budgets, um die Stadt für freie Kulturschaffende attraktiver zu machen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

12. Kulturbüro - Bericht 2025
0235/2026

Herr Kraus (CDU-Fraktion) dankt dem Kulturbüro für die engagierte Arbeit. Mit geringem Mittelausatz werde ein beachtlicher gesellschaftlicher Ertrag erzielt. Er äußert sich zuversichtlich für das laufende Jahr 2026.

Herr Dr. Conen (AfD-Fraktion) lobt den Bericht als Leistungsschau der städtischen Kultur von Bürgerinnen und Bürgern für Bürgerinnen und Bürger mit hohen Teilnehmerzahlen. Er dankt Frau Weymans mit Blick auf das Ende ihrer Amtszeit für ihren außergewöhnlichen persönlichen Einsatz.

Frau Skribbe (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) schließt sich dem Dank an und schreibt das vielfältige Angebot dem Engagement von Frau Weymans zu. Sie habe noch folgende Nachfragen: Ob ein Beitritt zum Kultursekretariat Gütersloh erwogen werde, welche Hintergründe das oft erwähnte Atelier KLKS habe und wie das Kulturprogramm angesichts des verabschiedeten Haushalts aufrechterhalten werden könne.

Frau Weymans antwortet, die Stadt sei vor vielen Jahren aus wirtschaftlichen Gründen aus dem Kultursekretariat Gütersloh ausgetreten. Eine Mitgliedschaft koste jährlich rund 8.500 Euro. Dies amortisiere sich nur bei vollumfänglicher Nutzung der vom Kultursekretariat angebotenen Programme. Beim Atelier KLKS handle es sich um eine private Initiative der Künstlerin Tihana Biscan-Schwellenbach. Sie bewerbe sich mit ihren Projekten für den Kulturrucksack oder die Nachtfrequenz und arbeite auch mit dem Jugendamt und der Sozialen Stadtentwicklung zusammen.

Frau Meyer-Bialk (CDU-Fraktion) dankt ebenfalls Frau Weymans. Sie hebt die Bedeutung von Kultur als sozialen Faktor gegen Einsamkeit hervor. Sie erkundigt sich nach dem Planungsstand für den Kultursommer 2026.

Frau Weymans berichtet, dass die Planungen nach dem Haushaltsbeschluss vorübergehend ausgesetzt worden seien, nun aber weiter vorangetrieben würden. Es lägen bereits viele Anfragen von Kulturschaffenden vor.

Frau Häusling (SPD-Fraktion) dankt Frau Weymans ebenfalls für die Arbeit. Es sei im Einzugsbereich von Köln nicht leicht, sich zu behaupten. Der intime Charakter der Gladbacher Veranstaltungen komme bei der Bevölkerung hervorragend an.

Herr Reiländer hält das einhellig positive Stimmungsbild des Ausschusses fest. Er bewertet den Verzicht auf die Mitgliedschaft im Landesnetzwerk als sachlich gerechtfertigt. Das aufgebaute Netzwerk im Stadtgebiet und die Einbindung privater Sponsoren seien nachhaltiger als starre Trägerbindungen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

13. Institutionelle Kulturförderung zur Unterstützung der Freien Kunst- und Kulturszene Bergisch Gladbachs 2026
0205/2026

Herr Reiländer erinnert das Gremium daran, dass im Vorjahr eine Anhebung der Mittel für die institutionelle Kulturförderung um 2.000 Euro auf einen Gesamtbetrag von nunmehr 20.000 Euro beschlossen worden sei, gekoppelt mit einer jährlichen einprozentigen Dynamisierung ab dem Jahr 2027. Dies sei im Rahmen der Haushaltsplanung zur Kenntnis genommen worden.

Herr Dekker beantragt, die Formulierung dahingehend zu ergänzen, dass die Freigabe der Fördermittel ausdrücklich unter dem Vorbehalt der finalen Genehmigung des Haushalts durch die Kommunalaufsicht gestellt werde.

Herr Dr. Conen beantragt im Namen der AfD-Fraktion eine getrennte Abstimmung über die beiden unter Ziffer 1 des Beschlussvorschlags angeführten Förderungen der Kultureinrichtungen.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport fasst **einstimmig bei zwei Enthaltungen der AfD-Fraktion** folgenden Beschluss:

Die antragstellende Kultureinrichtung THEAS Theaterschule und Theater e.V. wird gefördert. Die Förderhöhe beträgt 12.500 €.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport fasst **einstimmig** (ohne Enthaltungen) folgenden Beschluss:

Die antragstellende Kultureinrichtung Theater im Puppenpavillon wird gefördert. Die Förderhöhe beträgt 7.500 €.

Die Förderung steht unter dem Vorbehalt der Mittelverfügbarkeit aufgrund des Haushaltsbegleitbeschlusses 2026 Nr. 3 (Sachkosteneinsparung) und der Genehmigung des Haushaltes durch die Kommunalaufsicht.

14. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge vor.

15. Anfragen der Ausschussmitglieder

Es werden folgende Anfragen gestellt:

Anfrage Herr Klaas:

Herr Klaas (SPD-Fraktion) erkundigt sich nach dem weiteren Prozedere nach Abschluss der Online-Bürgerbefragung zum Projekt „Stadtbibliothek auf Zanders“.

Frau Besten bestätigt, dass die Umfrage Ende April schließe und im Mai Fokusgruppen tagen würden. Nach Abschluss werde die Verwaltung dem Ausschuss die Ergebnisse mitteilen.

Anfrage Herr Dettmar:

Herr Dettmar (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) fragt nach den Gründen für Wochenendsperrungen von Schulsporthallen für den Vereinssport. Er bittet um Kennzahlen und prüft Möglichkeiten zur Öffnung, um Sanierungsausfälle abzufedern.

Herr Dekker erklärt, die Anfrage werde schriftlich beantwortet. Die Antwort ist der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.

Anfrage Herr Bartz:

Herr Bartz (Fraktion Volt/Freie Wählergemeinschaft) erkundigt sich nach den eingeplanten Versammlungsstätten für den Sessionsauftakt der kommende Karnevalssession.

Herr Dekker verweist auf die Abwesenheit des zuständigen Fachbereichs und kündigt an, die Anfrage in den zuständigen Ausschuss für Schule und Gebäudewirtschaft (ASG) mitzunehmen. Die Antwort des Fachbereichs 8 ist der Niederschrift als Anlage 4 beigelegt.

Herr Rockenberg warnt vor den langen Schließzeiten von ein bis zwei Wochen bei einer temporären Verlegung von Karnevalsveranstaltungen in Sporthallen. Dies beeinträchtige Nutzung durch Schule und Sportvereine massiv.

Herr Reiländer tritt der Befürchtung wochenlanger Hallenschließungen für den Karneval entgegen. Seiner Einschätzung nach sei ein Auf- und Abbau innerhalb von zweieinhalb Tagen realisierbar.

Anfragen Herr Rockenberg:

Herr Rockenberg möchte an die frühzeitige Einbindung des Stadtsportverbandes (SSV) bei den Planungen für das Stadionareal und die Sportanlage Katterbach erinnern. Bezüglich der Haushaltsberatungen bittet er um Bestätigung, dass Mittel für die Jugendförderung aufgestockt und ein Budget für Vereinsjubiläen eingerichtet worden seien.

Herr Dekker erläutert, dass eine Einbindung des SSV beim Stadionareal bereits erfolgt sei und fortlaufend fortgesetzt werde. Er bestätigt die Haushaltsanmeldungen zur Jugendförderung und zu den Vereinsjubiläen. Die Mittel stünden nach der Genehmigung der Kommunalaufsicht zur Verfügung.

Anfrage Frau Skribbe:

Frau Skribbe (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) fragt an, ob die Leitung des THEAS Theaters zu einer kommenden Sitzung nochmals eingeladen werden könne, um die Verleihung des Rheinland-

talers durch den Ausschuss würdigen zu können und das Haus vorzustellen. Zudem erkundigt sie sich nach konkreten Einsparmaßnahmen im Kulturprogramm.

Herr Dekker begrüßt den Einladungsvorschlag für das THEAS Theater zur Vorstellung der neuen Leitung. Zum Haushalt erläutert er, dass die Verwaltung Einsparmöglichkeiten in allen Bereichen prüfen müsse. Welche Kulturbereiche betroffen seien, lasse sich noch nicht beantworten. Er sagt eine rechtzeitige Information des Ausschusses zu.

Anfrage Herr Klaas:

Herr Klaas (SPD-Fraktion) fragt an, ob es möglich sei, zu jeder Sitzung des ABKS standardmäßig eine Vertretung des Fachbereichs 8 (Immobilienbetrieb) hinzuzuziehen, da Liegenschaftsthemen ein zentrales Thema im Ausschuss seien.

Herr Dekker erklärt, er werde künftig je nach Tagesordnung eine auskunftsfähige Vertretung des Fachbereichs 8 einladen.

Anfrage Herr Dr. Conen:

Herr Dr. Conen (AfD-Fraktion) erkundigt sich nach dem aktuellen Genehmigungsstand des Haushalts.

Herr Dekker informiert, dass die Genehmigung durch die Kommunalaufsicht noch ausstehe.

Herr Reiländer schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:55 Uhr.

Gez.
Frank Reiländer
Vorsitzender des Ausschusses
für Bildung, Kultur und Sport

Gez.
Sarah Gilke
Stellvertretende Schriftführerin